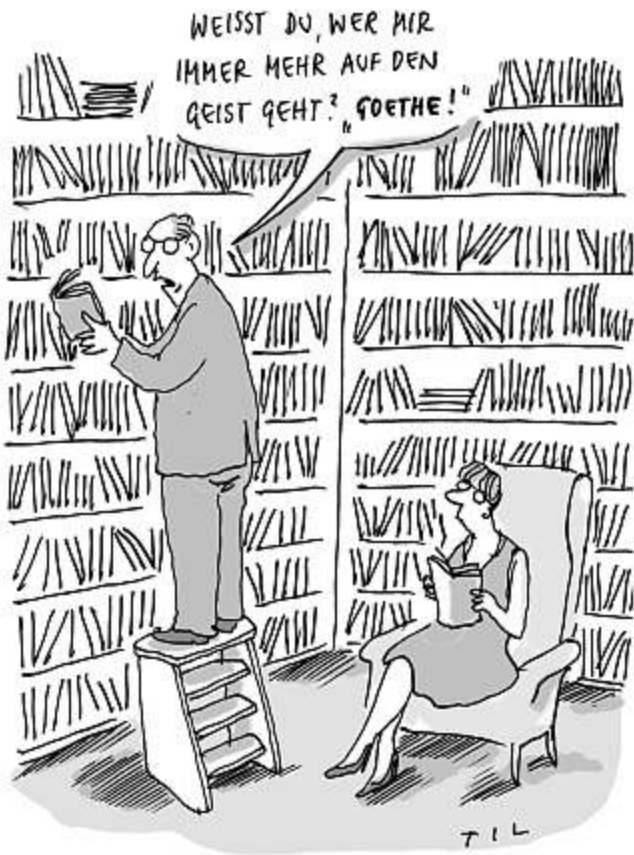


WELTSCHMERZ AUF DER HÜHNERLEITER



IN ALLER KÜRZE

Schwarzes Schaf

Ver.di hat der Stiftung Friedehorst ein symbolisches „Schwarzes Schaf“ aus Styropor und Wolle übergeben. Damit kritisierten die Gewerkschafter die Tarifpraxis im größten diakonischen Einzelunternehmen des Bundeslandes. Der neue theologische Vorstand der Einrichtung, Pastor Christian Frühwald, nahm den

Negativpreis entgegen. Er sehe das Schaf als Motivation zur Veränderung, betont der Theologe, der seit Anfang des Monats in Friedehorst arbeitet. Friedehorst verstoße mit Ausnahmeregelungen und Leiharbeit gegen das kirchliche Tarifrecht, mahnt die Gewerkschaft. Zeitarbeitsverträge bedeuteten für neu eingestellte Beschäftigte große Einkommensverluste. (dpa)

HEUTE IN BREMEN

„Eingeschlagene Zähne“

FORUM Die SPD diskutiert auf Initiative eines Zahnarztes über ein Verbot von Alkohol-Werbung

taz: Herr Bertelsen, heute diskutiert die SPD über Ihre Initiative für ein Alkohol-Werbungsverbot im Sport. Als wie groß sehen Sie Ihre Erfolgchancen? Hans-Werner Bertelsen: Wir sind zuversichtlich, weil Alkoholwerbung im Sport einfach nicht mehr zeitgemäß ist. Kinder

Das wollen wir den Leuten ja auch nicht verbieten. Aber wenn man weiß, dass im vergangenen Jahr 26.428 Kinder und Jugendliche komatös alkoholisiert ins Krankenhaus eingeliefert wurden – dann muss man einfache Maßnahmen ergreifen. 160.000 Minderjährige in

Hans-Werner Bertelsen

Initiator der Verbots-Initiative, betreibt eine Zahnarztpraxis in Schwachhausen.



und Jugendliche bekommen durch diese Werbung die Doppelbotschaft, dass beides zusammengehört – und das ist fatal. In Deutschland werden jährlich an die 300 Millionen Euro für Sportwerbung ausgegeben, nur ein Zehntel dieser Summe wird dafür investiert, vor den Folgen von Alkoholmissbrauch zu warnen. Übertragen auf die Verkehrserziehung bedeutet das: Neun Erwachsene sagen einem Kind, geh bei Rot über die Ampel – und nur einer sagt: Nein. Aber gehört ein gepflegtes Bier im Vereinsheim nach dem Training nicht untrennbar zur Tradition – gerade in Arbeitersport-Vereinen?

Deutschland sind alkoholabhängig oder betreiben regelmäßig Alkohol-Missbrauch. Aber bewegen die sich überhaupt im sportlichen Umfeld?

Natürlich nicht alle – aber im Sport ist die Verknüpfung zum Alkohol als Message besonders fatal. Eine aktuelle DAK-Studie belegt eindeutig die Korrelation zwischen Werbung und Missbrauch. Ihre Initiative wurde von vier Medizinern gegründet, Sie selbst sind Zahnarzt. Inwiefern haben Sie mit Alkoholmissbrauch zu tun? Ich behandle des öfteren Jugendliche mit ausgeschlagenen Zähnen. Insofern bin ich durchaus auch persönlich betroffen.

INTERVIEW: HENNING BLEYL
SPD-Sportforum: 18.30 Uhr, „Kwadrat“ (Wilhelm-Kaisen-Brücke 4)

Der Knast hat immer recht

JUSTIZ Daniel W. ist Gefangener der JVA Bremen und Student. Er steht kurz vor seinem Abschluss, aber aus dem wird vorerst nichts: Angeblich ist das Studium „kontraindiziert“

VON SIMONE SCHNASE

Daniel W. studiert „Imaging Physics“ an der Hochschule Bremen. Im Februar könnte er seinen Bachelor-Abschluss machen – aber er darf nicht: W. ist Gefangener der JVA Bremen, und die hat ihm jetzt den „Ausbildungsfreigang“ entzogen. „Reine Willkür“ nennt das sein Vollzugshelfer Ingo Straube.

Der 31-jährige W. sitzt seit drei Jahren wegen Drogenhandels im Gefängnis: „Das Studium ist ihm bereits vor seiner Haft so wichtig gewesen, dass er trotz einer Bewährungsstrafe wieder gedealt hat, um es finanzieren zu können“, sagt der pensionierte Psychologe Straube. „Zwanghaft“ sei W.s Fixierung aufs Studium „und ganz klar eine Störung, aber nur ein solcher Mensch kann im Knast ein schweres Studium durchziehen.“ Das schrieb er, noch als JVA-Psychologe, auch in W.s Vollzugsplanung: „Der schizoide Persönlichkeitstypus (...) fördert genau das Berufsziel, das er zu erreichen anstrebt.“ Bei W.s Urteil wurde das berücksichtigt: Strafmildernd galt „die beachtliche Energie, trotz emotionaler Überforderung und fehlender Unterstützung, eine anspruchsvolle berufliche Qualifikation zu erlangen und dieses Ziel auch aus der Untersuchungshaft weiterhin erfolgreich zu verfolgen.“

So kam W. in den offenen Vollzug. Vierzig Wochenstunden nahm sein Studium in Anspruch, eine volle Arbeitswoche. Deshalb musste er, genau wie Mitgefängene, die außerhalb der JVA eine Ausbildung absolvieren, nicht im Knast arbeiten – außer in den Semesterferien.

Doch im Sommer gab es einen Zwischenfall: „Der Gefangene“, sagt JVA-Leiter Carsten Bauer, „ist von seinem Freigang nicht pünktlich zurückgekehrt.“ Das hatte für W. den geschlossenen Vollzug zur Folge: „W. sagte, er



Gefängnismauern statt Campus: In den nächsten Monaten wird das W.s einzige Aussicht sein Foto: Jan Zier

hätte dringend an seinen Computer an der Uni gemusst und sei deshalb länger fortgeblieben. Das ist aber kein Argument, denn in erster Linie ist er Gefangener und erst in zweiter Student.“ Dennoch habe sich die JVA-Leitung mit W. „darauf geeinigt, dass er unter der Auflage, am Wochenende zu arbeiten, wieder in den offenen Vollzug darf“. Lediglich vor Klausuren sei er von der Arbeit befreit gewesen.

Straube nennt diese Einigung „Erpressung“ und schrieb im August einen Brief an den Justizsenator, in dem er erklärte, dass die Wochenendarbeit das Vollzugsziel untergrabe: „Herr W. verhält sich dann, wenn seine Ausbildung objektiv gefährdet wird, nicht mehr souverän. Das hatte früher zu Delinquenz geführt (...), heute verliert er die Contenance, was im Vollzug rückwirkend verheerende Folgen hat.“ Das bestätigt Bauer: „W. hat JVA-Personal beleidigt und bedroht.“

Er sei laut geworden, sagt Straube, „aber von Bedrohung kann keine Rede sein.“ Und dann, berichtet er weiter, habe man W. wegen eines erneuten Vergehens vor gut zwei Wochen den Freigang wieder gestrichen: „Angeb-

„Der schizoide Persönlichkeitstypus (...) fördert genau das Berufsziel, das er zu erreichen anstrebt“

AUS DEM VOLLZUGSPLAN DES GEFANGENEN DANIEL W.

lich hat er die Arbeit verweigert. Dabei hatte er frei, um sich auf eine Klausur vorzubereiten.“ W.s behandelnde Psychologin bestätigte das. Trotzdem ist vorerst Schluss mit dem Studium. „Begründung des Psychologen Axel Janzen, Leiter des offenen Vollzugs: Ein Studium sei bei W. kon-

traindiziert – und die JVA-Leitung schließt sich dem an“, so Straube.

W. sei kein Einzelfall für „diese Willkür“. Ihm seien mehrere Fälle bekannt, bei denen Gefangene ohne triftigen Grund aus dem offenen Vollzug „abgelöst“ wurden: „Bei einem wurden Spar-Übungen, die er beim Kampfsport-Training machte, als Verprügeln gedeutet.“ Obwohl hier ebenfalls eine bestätigte Fehlentscheidung vorgelegen habe, sei sie nicht rückgängig gemacht worden. Straube: „Janzen entscheidet nach Sympathie oder Antipathie.“

Für W. bedeutet das „ein Urlaubssemester“. So bezeichnet Carsten Bauer die nächsten Monate, „in denen wir weitersehen werden“. Für Straube bedeutet es indes die Missachtung des Vollzugsplans: „Aber der Knast, der hat halt immer recht.“ Und eine Antwort vom Justizsenator hat er auch noch nicht bekommen.

Einbürgerung ab 12

AUSLÄNDER Kinder von Geduldeten werden erleichtert eingebürgert – frühestens mit 12 Jahren

Die Einbürgerung von Kindern wird in Bremen ein Stück leichter. Am Mittwoch nahm die Innendeputation einen Erlass von Innensenator Ulrich Mäurer (SPD) zur Kenntnis, der einen entsprechenden Bürgerschaftsbeschluss umsetzt. Kinder können unabhängig von ihren Eltern eingebürgert werden, wenn sie drei Jahre einen geregelten Aufenthalt hatten und sechs Jahre in der Schule waren – frühestens also mit 12 Jahren.

Im Vorfeld war ein erster Entwurf Mäurers auf Antrag der Linkspartei zurückgezogen worden, der eine leichtere Einbürgerung erst ab 16 Jahren vorsah. Auch SPD und Grünen hatten zuvor gefordert, die Einbürgerung auch früher als mit 12 Jahren zu ermöglichen, begrüßten den Erlass nun aber.

Man müsse „Wünschenswertes von der rechtlicher Grundlage trennen“, so der Grüne Björn Fecker. Das Bundesgesetz forde-

re nun mal einen sechsjährigen Schulbesuch.

Der Linkspartei-Abgeordnete Cindi Tuncel bedauert, dass auf umfangreiche Vorschläge der Linken nicht eingegangen wurde. Seine Partei fordert, Kinder mit spätestens drei Jahren einzu-bürgern. „Der rechtliche Spielraum dafür war da“, so Tuncel. „Das Innenressort hat seine engere Auffassung gegen den vormaligen Willen der Bürgerschaftsmehrheit durchgesetzt.“ Die Linkspartei kämpft insofern für das, was ursprünglich auch Rotgrün forderte: die Umsetzung der Kinderrechts-Konvention.

„Das Innenressort hat seine engere Auffassung durchgesetzt“

CINDI TUNCCEL, LINKSPARTEI

Teure 1.000 Stunden

INNERES Schadensersatz? Besetzung der Unruh-Spedition könnte teuer werden, sagt die Polizei

Die Besetzung eines verlassenen Speditionsgeländes am Neustädter Güterbahnhof könnte für die linken Autonomen teuer werden. 1.000 Stunden Verzug seien durch die Sperrung der Bahnstrecke Richtung Oldenburg bundesweit entstanden. Das berichtete der Bremer Vize-Polizeipräsident Dirk Fasse am Mittwoch der Innendeputation. „Ich gehe davon aus, dass es Schadensersatz-Forderungen geben wird“, so Fasse.

Aufkommen müssten dafür dann die 49 Linksautonomen, die noch am Abend des 12. Oktober in Gewahrsam genommen wurden. Über Stunden war es zu Auseinandersetzungen mit der Polizei gekommen. Bereits am frühen Abend hatten die Autonomen einen Streifenwagen angegriffen und sich dann auf dem ehemaligen Gelände der Unruh-Spedition an der Bundesstraße 6 am Neustädter Güterbahnhof verbarrikadiert, das schon länger leer steht.

Über etwa die Hälfte von ihnen lägen der Polizei „Erkenntnisse aus dem linksgewalttätigen Bereich“ vor, die meisten stammten aus Bremen, so Fasse. Zwölf Verfahren seien bereits eingeleitet worden, wegen Landfriedensbruchs, Sachbeschädigung, versuchter Körperverletzung. Auch Eingriffe in den Bahnverkehr wirft die Polizei den Autonomen vor.

In einer Erklärung bestreiten die allerdings, den Bahnverkehr gefährdet zu haben. Es seien Steine in Richtung der Polizei auf die Gleise geflogen, die Strecke aber sei da bereits gesperrt gewesen.

Zur Frage des Linken-Abgeordneten Cindi Tuncel, ob eine Anzeige wegen Hausfriedensbruch vorgelegen hätte, sagte Innensenator Ulrich Mäurer (SPD): „Man muss nicht darüber diskutieren, ob jemand einen Antrag gestellt hat“ – denn die Polizisten seien vorher angegriffen worden. Dagegen müsse konsequent vorgegangen werden. JPB